April 2020

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

CORONA blog

Análisis semanal

MÉXICO

Monatsrückblick April 2020

Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier

Der „Corona Blog" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh verfasst und analysieren die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie in Mexiko. Sie finden den wöchentlichen Blog mit allen Quellenangaben unter: https://www.kas.de/es/web/mexiko/statische-inhalte-detail/-/content/blog-kas.
Im Folgenden lesen Sie die monatliche Zusammenfassung in deutscher Sprache.

Überblick

	Bestätigte Fälle	Verdachtsfälle	Todesfälle
1. April 2020	1.378	3.827	37
30. April 2020	19.224	15.520	1.859

Nach wie vor sind diese offiziellen COVID-19-Zahlen der mexikanischen Regierung äußerst fragwürdig. Das mexikanische Gesundheitsministerium geht davon aus, dass für jeden getesteten Corona-Fall höchstwahrscheinlich acht weitere, unentdeckte Fälle existieren. Die **Dunkelziffer der Infizierten** in Mexiko bleibt damit ausgesprochen hoch. Die WHO hat Mexiko als Land mit der **höchsten Sterberate in Lateinamerika** ausgewiesen (7,52 Todesfälle auf 100 Infektionsfälle). Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass **in Mexiko so wenig getestet wird, wie in keinem anderen OECD-Land** (0,4 Tests auf 1000 Personen, der OECD-Durschnitt liegt bei 22,9), weshalb hauptsächlich schwerwiegende Fälle „entdeckt" und registriert werden.

Nichtsdestotrotz setzt die mexikanische Regierung weiterhin auf freiwillige Maßnahmen und wirbt im Rahmen der **„Jornada Nacional de Sana Distancia“ mit Abstandsgebot und freiwilliger Quarantäne**. Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) verkündete aber bereits am 16. April, dass Zonen mit wenigen Fällen am 17. Mai ihre Aktivitäten wieder normal aufnehmen können, der Rest des Landes werde das **Distanzgebot bis zum 30. Mai weiterführen**.

Diese optimistischen Fristen wurden auch nicht angepasst, als **Mexiko am 21. April offiziell „Phase 3“ der Epidemie** erreichte, worunter die Regierung die unkontrollierte Weiterverbreitung des Virus in der Bevölkerung versteht. Die Abstandsmaßnahmen sollten zwar verstärkt werden, bei der Bevölkerung entstand aber eher der Eindruck als wäre jetzt bald alles überstanden. Dies wurde dadurch bestärkt, dass die **Regierung den Höhepunkt der Infektionen für den 8. Mai ankündigte**. Fraglich bleibt aber, wie dieser Höhepunkt bestimmt wurde, und warum und wie stark die Infektionszahlen danach abflachen werden.

Trotz eiliger Restrukturierungsmaßnahmen und Notfalleinkäufen auf Bundes- und Länderebene bleibt die Gesundheitsinfrastruktur in Mexiko extrem schwach; die Zahl der **Intensivbetten und Beatmungsgeräte ist äußerst knapp**.

Kommunikation

Die politische **Kommunikation von Präsident AMLO ist oft diffus und widersprüchlich.** Erst am 15. April gab er bekannt, von weiteren öffentlichen Veranstaltungen abzusehen, verkündete zwei Wochen später aber wieder, Mexiko „beherrsche“ den Coronavirus und wäre ein leuchtendes Beispiel für die Region.

AMLO nutzt die Krise weiterhin, um **für sein Reformprojekt, die „4T“ (Cuarta Transformación, Vierte Transformation) Werbung zu machen** und erklärt dabei den pandemiebedingten internationalen Wirtschaftsabschwung mit der „**Krise des neoliberalen Systems**“. Das nationale Wahlinstitut (INE) stoppte die Verbreitung von Briefen, die ursprünglich COVID-19-Krediten beigelegt wurden. Diese trugen die Unterschrift des Präsidenten. Das **Distanzgebot** erlaube aber nicht, dass staatliche Finanzhilfen als persönliche Geschenke des Präsidenten dargestellt werden.

Für mediale Aufmerksamkeit sorgen auch die **anhaltenden Schlagabtausche zwischen dem Präsidenten und dem Privatsektor** einerseits **und den Regierungen der Bundesstaaten und Gemeinden** andererseits. Mehrere Gouverneure äußerten sich öffentlich äußerst kritisch über die widersprüchlichen Aussagen und Inkonsistenzen der von der Regierung vorgelegten Zahlen.

Die **Zustimmungswerte des Präsidenten fielen zum ersten Mal seit Amtsantritt unter 50%** und fallen auch weiterhin, aber die anderen Parteien haben ebenfalls mit Zustimmungsverlusten zu kämpfen.

Bundespolitik

Am 1. April 2020 wurde bekanntgegeben, dass die für 2020 **angesetzten Lokalwahlen in den Bundesstaaten Coahuila und Hidalgo bis auf Weiteres verschoben** werden. Auch die Wahlprozesse in Estado de México und San Luis Potosí wurden nach hinten verschoben.

Die Regierung setzte mit Hilfe der vorhandenen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses und inmitten der Pandemie durch, dass nunmehr **Sozialprogramme** wie Pensionen für Menschen mit Behinderung und Stipendien für Studierende **Verfassungsrang** bekommen und demnach nicht mehr durch einfache Gesetze revidiert werden können.

Die Verkündigung der Phase 3 der Epidemie in Mexiko und weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens begleitete die Regierung nicht mit Hilfspaketen – sondern mit **weiteren staatlichen Sparmaßnahmen** (Austeritätspolitik): Zum einen wurden zehn Abteilungen in Ministerien gestrichen. Zum anderen wurden 25% Gehaltseinbußen für die höchsten Beamten und eine Streichung von Weihnachtsgeldern beschlossen. Dies sind massive Einschnitte in die Arbeitsrechte der Mitarbeiter von Ministerien. Die **Einsparungen decken allerdings nicht einmal einen Bruchteil der Sozialprogramme, die der Präsident plant**.

Für großes Aufsehen sorgte auch eine **Gesetzesinitiative**, die der Präsident am 23. April höchstpersönlich an das Parlament schickte: **Im Krisenfalle solle das Finanzministerium ohne Zustimmung der Legislative die Gelder aus dem Staatshaushalt neu zuweisen können.** Nach heftigen Protesten der Opposition war es schließlich der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei MORENA selbst, der darauf verwies, dass der Kongress derzeit gar nicht beschlussfähig ist und ein entsprechender Gesetzesvorschlag derzeit nicht zur Debatte stehen könne.

Länder und Kommunen

Der Föderalstaat Mexiko ist in Bezug auf die COVID-19-Maßnahmen das Musterbeispiel eines Flickenteppichs. **Auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene sind die Maßnahmen noch immer wenig koordiniert** und die Nationalregierung verschlechtert die Situation durch ihre diffuse Kommunikation und die Weigerung zusätzliche Finanzmittel freizugeben.

Inzwischen wurden **virtuelle Treffen zwischen Gouverneuren der Bundesstaaten und Bundesregierung** sowie virtuelle Sitzungen zwischen **Gemeinden und Gesundheitsministerium** eingeführt, um die Koordination der diversen Maßnahmen auf allen drei Ebenen besser zu koordinieren- mit nur mäßigem Erfolg. Doch auch innerhalb von Bundesstaaten ist der **Kommunikationsfluss nicht ideal und stellenweise inexistent,** insbesondere bei unterschiedlicher Partei-Couleur von Bürgermeistern und Gouverneuren.

Auf Ebene der Bundesstaaten formen sich Koalitionen und alternative Vorschläge. Die neun PAN-Gouverneure wandten sich per Videobotschaft direkt an den Präsidenten, um nachhaltige Maßnahmen zu fordern. Die Mitglieder der **Alianza del Centro-Bajío-Occidente (ACBO)** arbeiten in der Krisenbekämpfung eng zusammen. Die **Alianza Noreste** spielt eine führende Rolle bei der anhaltenden Diskussion um den Fiskalpakt in Mexiko. Befeuert wurde diese durch die Ankündigung des Finanzministeriums, die Umverteilung von Steuermitteln an Bundesstaaten und Gemeinden um 76 Milliarden MXN (ca. 2,8 Milliarden EUR) zu kürzen und stattdessen in nationale Sozialprogramme investieren wollen. **21 von 32 Gouverneuren erwägen nun ernsthaft aus dem Fiskalpakt auszusteigen** und für die verbleibenden 4,5 Jahre der Legislaturperiode ihre eigenen Finanzen zu regeln, sie wären dem Nationalstaat dann nur noch „verbunden“ und nicht mehr rechenschaftspflichtig. Ob dies wirklich praktikabel ist, bleibt aber abzuwarten.

Die Bundesregierung setzt auf lokaler Ebene auf den Einsatz der Guardia Nacional und des Militärs. Hierzu werden der Plan DN-III und der Plan Marina zur zivilen Krisenbewältigung weiterverfolgt. Allerdings musste der Präsident klarstellen, dass primär das **mexikanische Gesundheitssystem und nicht das Militär für die Bekämpfung des Gesundheitsnotstands zuständig** ist.

Auch die **mexikanischen Drogenkartelle** sind von unterbrochenen globalen Lieferketten, Versorgungsengpässen und einbrechenden Absatzmärkten betroffen. Allerdings nutzen sie auf lokaler Ebene vielerorts das Sicherheits- und Machtvakuum aus. Sie verteilten im April Lebensmittelpakete und vergaben Kredite, führten aber auch mehr Erpressungen durch.

Insgesamt versuchen sie so, die lokale Bevölkerung an sich zu binden und sind damit ein **wesentlicher Faktor der Lokalpolitik**.[1]

Rechtsstaat und Menschenrechte

Die mexikanische Justiz passt sich weiterhin den geänderten Umständen an. Seit dem 20. April führt der **Oberste Gerichtshof virtuelle Verhandlungen** durch. So können dringende Prozesse ohne große Verzögerungen weitergeführt werden. Live-Streams stellen ein hohes Maß an Transparenz sicher.

Angesichts der medizinischen Krise wurde ein Gesetzesvorschlag zur Amnestie aus 2019 nunmehr offiziell verabschiedet. Gefangene, die aufgrund kleinkrimineller Handlungen einsitzen, sollen bei guter Führung noch schneller entlassen werden, was insbesondere die Gefahr von Ansteckungen in überfüllten Gefängnissen vermindern soll. **Circa 6.000 Gefangene sollen so freigelassen werden**, wobei aber noch unklar ist, wen dies im Einzelnen betrifft und wann dies frühestens möglich ist.

Es wurden spezielle **Richtlinien zur Identifikation von aufgrund von COVID-19 Verstorbener** erlassen, traditionell ein Schwachpunkt der mexikanischen Forensik. Die Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) erließ eine **Resolution zu Menschenrechten während der Pandemie**, an die sich auch Mexiko halten sollte.

Die **Sicherheitslage im Land** ist nach wie vor angespannt. Nicht nur, dass die **Mordzahlen** in Mexiko weiter steigen, im März war auch ein deutlicher Anstieg von **häuslicher Gewalt** zu verzeichnen. Mit 20.232 Fällen waren dies 13,7% mehr als noch im Februar. Vor dem Hintergrund vor der sowieso schon drastischen Situation von Gewalt gegen Frauen, ist diese Zahl mehr als besorgniserregend. Der Spagat zwischen Gesundheits- und Sicherheitskrise bleibt weiterhin schwierig.

Wirtschaft

Der mexikanischen Wirtschaft droht eine tiefgreifende Rezession, Prognosen gehen von einem Abschwung von 8-10% des BIP allein in 2020 aus. Vom obligatorischen Stillstand sind bisher nur sogenannte **essentielle Dienstleister** ausgenommen (Lebensmittelindustrie, Selbstbedienungsläden, finanzielle Dienstleistungen, Energieversorgung, Personen- und Warentransport). Die in Mexiko höchst bedeutende Automobilindustrie gehört nicht dazu, auch wenn diese versuchte, die zuständigen Behörden umzustimmen.

Während andere Regierungen umfassende Rettungspakete und fiskalische Erleichterungen implementiert haben, **setzt Mexikos Nationalregierung weiterhin auf eine Politik der Austerität und Sozialprogramme**. Dies funktioniert nur mäßig. Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass bereits bis zum 6. April fast 350.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Dies sind mehr Arbeitsplätze als insgesamt im Jahr 2019 geschaffen wurden. Die Arbeitgeberverbände schätzten den Verlust von Arbeitsplätzen Mitte April sogar auf bis zu 1 Million.

Am 2. April 2020 kündigte AMLO die **Auflösung von nationalen „fideicomisos“** an. Dies sind von der Nationalregierung verwaltete Fonds, die für lokale Infrastrukturprojekte eingesetzt werden können. Die freigewordenen Geldmittel plante der Präsident einzusetzen für die Stärkung sozialer Programme, die Reaktivierung der Wirtschaft und Vergabe von

[1] Siehe Die Zeit, 25. April 2020, Tomaten und Toilettenpapier von der Mafia, https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/mexiko-mafia-coronavirus-unterstuetzung-el-chapo-joaquin-guzman

Krediten, die Unterstützung des angeschlagenen staatlichen Ölkonzerns PEMEX und die Tilgung von Staatsschulden.

Im Rahmen des **Kreditpakets der Regierung**, können seit dem 21. April bei der staatlichen mexikanischen Sozialversicherung (IMSS) Kredite beantragt werden. Insgesamt sollen **bis zu 1 Million Kredite in Höhe von ca. 1.000 EUR an Mikro- und Kleinstunternehmen** vergeben werden. Weitere Kredite sollen an (ehemals) für den Staat Beschäftigte ausgeschüttet werden. Allerdings dürfte dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein, denn die mexikanischen Pensionskassen (AFORES) melden schon jetzt ein Rekordhoch an Auszahlungen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit.

Am 26. April einigten sich die **Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)** und der Consejo Mexicano de Negocios (CMN) auf die Bereitstellung von **Kleinkrediten für bis zu 30.000 Kleinstunternehmen in Höhe von bis zu 10,8 Milliarden EUR**. Die Kreditvergabe ist rein privater Natur und wird den Staatshaushalt nicht zusätzlich belasten. Die Einzelkredite werden aber wesentlich höher als die der Regierung ausfallen. Prompt kritisierte der Präsident die „Manierchen“ des Privatsektors. Er hatte bereits zuvor klargemacht, dass Kredite von internationalen Geldgebern nur „neoliberale Abhängigkeiten“ schüren und deshalb nicht anzunehmen seien.

Stattdessen hält der Präsident weiterhin an seinen Infrastrukturgroßprojekten fest, die seiner Meinung nach Arbeitsplätze schaffen. Eines davon, die neue Erdölraffinerie Dos Bocas, ist angesichts der **aktuellen Ölpreiskrise** besonders fragwürdig.
Bei den jüngsten Verhandlungen der OPEC zur Reduzierung der Erdölforderung um 9,7 Mio. Barrel pro Tag mit dem Ziel, den Verfall der Erdölpreise zu bremsen, konnte Mexiko zwar einen Zwischenerfolg erzielen und wird die nationale Produktion nur um 100.000 Barrel pro Tag (nicht 350.000 wie ursprünglich erwartet) herunterfahren. Allerdings ist dies bei den dramatisch fallenden Erdölpreisen nur ein schwacher Trost. **Bis zu 20% des mexikanischen Staatshaushalts sind von Erdöl abhängig** und bei den historischen Tiefpreisen helfen auch die mexikanischen Versicherungen, die Mindestabnahmemengen und –preise garantieren, nur bedingt weiter. Der mexikanische staatliche Ölkonzern PEMEX hat im ersten Quartal 2020 bereits **62% mehr Verluste eingefahren als im ganzen Jahr 2019**. Vor diesem Hintergrund wurde PEMEX auf das Rating Ba2 herabgestuft.

Auch die **Qualifikation Mexikos fiel in internationalen Kreditratings auf BBB-**, ein schlechtes Signal für ausländische Investoren. Die mexikanische Zentralbank (Banxico) senkte den Leitzins auf 6% und verzeichnete bereits jetzt einen Wirtschaftsrückgang um 5% - makroökonomisch keine guten Aussichten für Mexiko.

Internationale Beziehungen

Mexiko steigerte seine **Beteiligung an internationalen Initiativen**. So wurde zum Beispiel eine gemeinsame Erklärung der MIKTA-Staaten (Mexiko, Indonesien, Süd-Korea, Türkei und Australien) veröffentlicht. Der mexikanische Vorschlag zur Verhinderung von Horten und Spekulationen in Bezug auf Impfungen und medizinisches Material, wurde als **Resolution bei den Vereinten Nationen** eingebracht, welche von 179 Ländern, inklusive Deutschland, mitgetragen und schließlich von der Generalversammlung angenommen wurde.

Wegweisend war ein **Telefongespräch zwischen AMLO und US-Präsident Donald Trump**, in dem die USA die Lieferung von weiteren Beatmungsgeräten zusagte und ein gemeinsames Treffen für Juni oder Juli beschlossen wurde, was das erste persönliche Treffen innerhalb der bisherigen Amtszeit von AMLO wäre. Allerdings wurde auch eine weitere Beschränkung des Grenzverkehrs bis zum 21. Mai beschlossen. Eher unilateral verschärfte Trump kurz darauf noch einmal seine **Migrationspolitik**. Asylsuchende und Migranten ohne Papiere werden nun quasi direkt zurückgeführt. Der Einsatz von Mexikaner als Erntehelfer soll aber weiterhin möglich sein.

Außerdem konnte der Außenminister, der gleichzeitig Chef des COVID-19-Krisenteams ist, **Lieferungen von chirurgischen Masken und Schutzbrillen aus China, Südkorea, Dänemark, den USA und der Schweiz** sicherstellen. Es wurden zahlreiche Flüge zur Rückholung gestrandeter Mexikaner durchgeführt, in Kooperation mit anderen Staaten aus Südamerika

Im Bereich globale Handelspolitik gibt es gute Nachrichten: Die Vertragspartner halten daran fest, dass **am 1. Juli das Freihandelsabkommen zwischen USA, Mexiko und Kanada in Kraft tritt** (Nachfolgeabkommen des North American Free Trade Agreement, NAFTA). Auch das **Globalabkommen zwischen EU und Mexiko** konnte fast zwei Jahre nach dem ersten „prinzipiellen Übereinkommen" verabschiedet werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko kasmexiko

hans.blomeier@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)